

Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. Geschäftsstelle Hannover Marienstraße 28 30171 Hannover 0511-85644510 www.ntfn.de

Karin Loos, Geschäftsführerin k.loos@ntfn.de

26.4.2023

Finanzierungsbedarf und aktuelle Lage in den Psychosozialen Zentren des NTFN e.V.

Der NTFN e.V. betreibt Psychosoziale Zentren (PSZ) in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. Bei der Standortwahl haben wir uns daran orientiert, wo Landesaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete eingerichtet sind, um gerade hier ein Erstangebot machen zu können. Unsere Zentren können vor allem durch Förderung des Landes Niedersachsen, aber auch durch EU-Projektförderung und eine kleine Bundesförderung betrieben werden. In unseren Zentren bieten wir Offene Sprechstunden sowie einzel- und gruppentherapeutische Angebote für Erwachsene, Jugendliche und Kinder an. Die Gespräche finden in der Regel mit Hilfe von Dolmetschenden statt, aber auch durch muttersprachliche Psycholog*innen aus verschiedenen Herkunftsländern. Außerdem bieten wir telefonische Beratung (u.a. für Multiplikator*innen, Lehrkräfte, Ehrenamtliche) sowie Schulungen und Fortbildungen an.

Aktuell kommt es zur Aufnahme einer hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine. Das Land Niedersachsen hat 2022 über 100 000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen, davon sind etwa ein Drittel Kinder und Jugendliche. Diese Situation zeigt, wie wichtig es ist, Strukturen und nicht nur Projekte vorzuhalten, um schnell, flexibel und fachgerecht auf akute Bedarfe reagieren zu können. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 2794 Personen durch den NTFN e.V. betreut. Die Zahlen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 23 % gesteigert, bei Kindern und Jugendlichen sogar um 55 %. Dabei ist die Betreuungszahl keine Bedarfszahl, sondern spiegelt nur das wider, was wir mit unseren bestehenden Möglichkeiten erreichen konnten.

Wir gehen davon aus, dass die Zahl von Geflüchteten in Niedersachsen weiter steigen wird. Zudem treten posttraumatische Belastungen bei vielen Menschen zeitverzögert auf. Das konnten wir wie erwartet im Kontext der ukrainischen Geflüchteten auch unmittelbar feststellen. Die Anfragen haben sich Ende 2022 deutlich gesteigert. Während wir zunächst vor allem diejenigen betreut haben, die bereits vor dem Krieg psychisch erkrankt waren (Erwachsene und Jugendliche) und die nun eine Anschlussbehandlung benötigten, haben wir Ende 2022 verstärkt Menschen mit unmittelbaren Folgen von Kriegshandlungen z.B. aus Mariupol oder anderen stark umkämpften Gebieten gesehen.

Wir konnten dem gestiegenen Bedarf 2022 nur durch die Einwerbung von Stiftungsmitteln und Spenden entgegentreten. Außerdem haben sich auch Ehrenamtliche verstärkt engagiert.

Bank für Sozialwirtschaft | IBAN DE74 2512 0510 0008 5644 00

Vorstand: Susanne Schröder, Nicolai Zipfel, Dalia Ajnass-Klossek, Dr. med. Gisela Penteker, Henning Roehrs, Martin Roger

Projekte u.a. gefördert durch:

Mitglied in:















Bedarf 1: Status Quo erhalten (Erhöhung der bisherigen Fördermittel um 10%)

Insgesamt benötigen wir nun zum Erhalt des Status Quo eine Erhöhung der Förderung um 10 % für den Ausgleich der Steigerung der Personalkosten und der höheren Dolmetschendenkosten pro Stunde - alle Dolmetschendendienste haben ihre Preise erhöht, was auch durchaus nachvollziehbar ist. Hinzu kommen höhere Mietkosten, Energiekosten etc. (das ist nur der Ausgleich für bestehende Mehrkosten ohne personelle oder sonstige Ausweitung).

Bedarf 2: Ausbau der Kinder- und Jugendangebote

Um dem gestiegenen Bedarf gerecht zu werden und dies langfristig aufrechterhalten zu können benötigen wir an jedem Standort eine halbe Stelle für eine*n Kinder- und Jugendtherapeut*in. Damit könnten die Wartezeiten für Anfragen reduziert werden und v.a. aber auch die Zeit- und Geldspenden kompensiert werden, die uns als Anschub dienten und nun absehbar wegfallen. In Niedersachsen wurden über 100 000 ukrainische Geflüchtete aufgenommen, ein Drittel davon sind Kinder. Wir erhalten fortlaufend Anfragen aus Kindertagesstätten, Schulen und von überforderten, selbst traumatisierten Elternteilen. Je früher und schneller wir Angebote darstellen können, desto besser gelingt die gesellschaftliche Integration (egal ob diese kurz- oder längerfristig erfolgen soll).

Bedarf 3: Mindestens zwei weitere dezentrale Angebote

Mehrere Kommunen und Regionen sind auf uns zugekommen, um die Versorgung vor Ort zu verbessern. Hier wären unseres Erachtens zwei weitere Außenstellen dringend erforderlich, ähnlich unserer Angebote in Cuxhaven (hier haben wir mit 30 Stunden/pro Woche eine Psychologin eingestellt, die für die gesamte ländliche Region dort zuständig ist) oder in Bramsche (hier haben wir an zwei Tagen Außensprechstunden). Mögliche Standorte wären Delmenhorst, der Heidekreis oder das Emsland. Aus diesen ländlichen Regionen erhalten wir regelmäßig Anfragen, da unser nächstgelegenes PSZ dort nur sehr schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist. Gerade für psychisch ohnehin erkrankte Personen stellt das oft eine unüberwindbare Hürde dar. Digitale Angebote können nur begrenzt Abhilfe schaffen.

Bank für Sozialwirtschaft | IBAN DE74 2512 0510 0008 5644 00 Vorstand: Susanne Schröder, Nicolai Zipfel, Dr. Gisela Penteker, Henning Röhrs, Martin Roger













Mitglied in:

